Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Brandis. Druck u. Verlag: Auer Druckerei u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Telegramm-Adresse: Tageblatt Aueerzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 25.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 5.40 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 16.50 Mark, monatlich 5.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 8-mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg., Reklamepetitzeile 3.— Mark. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 167. | Mittwoch, den 20. Juli 1921. | 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

W.T.B. meldet: Die neuerdings auftretenden Gerüchte, daß das Reichskabinett zum Rücktritt entschlossen sei, sind unzutreffend.

*

In der vorläufigen deutschen Antwort auf die französischen Vorstellungen wegen Oberschlesien wird die tatsächliche Lage in Oberschlesien als äußerst bedrohlich dargelegt.

*

Ein vom britischen Kriegsamt erlassener Armeebefehl kündigt einen Wechsel in den englischen Besatzungstruppen an.

*

Der Irenführer de Valera erklärte über die Konferenz mit Lloyd George, er habe nichts Bestimmtes vorgeschlagen, er fordere nur das Selbstbestimmungsrecht für das irische Volk.

Zwangswirtschaft und Brotpreis.

Von Reichstagsabg. Anton Erkelenz-Düsseldorf.

Der Reichstag hat vor einigen Wochen eine wichtige Aenderung der Getreidewirtschaft beschlossen. Während bisher alles Getreide, das nicht zum eigenen Bedarf des Bauern und seiner Familie diente, abgeliefert werden mußte, braucht von jetzt ab nur noch etwa ein Drittel abgeliefert zu werden. Die restlichen zwei Drittel können frei verkauft werden. Damit ist natürlich eine Erhöhung des Brotpreises verbunden und zwar wird das 1900 Gramm-Brot vom 16. August ab statt 5 Mark etwa 7 Mark kosten. Diese Tatsache hat Anlaß zu vielen Angriffen gegeben. Es ist nötig, die Angelegenheit einmal sachlich zu prüfen. Leider werden in Deutschland viele wichtige wirtschaftliche Fragen mit politischen Schlagworten behandelt, statt sachlich nachgeprüft zu werden. Die Getreidezwangswirtschaft war allmählich zur reinen Komödie geworden. Es gibt wenig Leute in Deutschland, die sich immer streng an die Brotrationierung gehalten haben. Wer Mehl zu erschwinglichen Schleichhandelspreisen kaufen konnte, hat es getan. Wie die Zwangswirtschaft durch die Verbraucher durchbrochen wurde, so auch von den Erzeugern, die den höheren Schleichhandelspreis gern nahmen, wenn sie ihn bekommen konnten. Im Erntejahr 1920/21 war die Zwangswirtschaft schon so weit zusammengebrochen, daß kaum ein Drittel des öffentlich bewirtschafteten Bedarfs an Brotgetreide gedeckt werden konnte. Zwei Drittel wurden zu Schleichhandelspreisen verkauft. Freies Mehl, freie Backwaren konnte man fast überall erhalten. Und wer kaufen konnte, tat es ohne daran zu denken, daß er damit die Zwangswirtschaft untergraben half.

Nun entwickelte sich folgende Lage: Zwei Drittel des deutschen Getreides wurde im Schleichhandel verkauft. Staat und Gemeinden erhielten nicht annähernd so viel Getreide, wie sie auf Grund der Karten an Brot liefern mußten. Die fehlenden Mengen mußten im Auslande gekauft werden. Ausländisches Getreide kostete aber im Winter 1920/21 die Tonne rund 6000 Mark und heute noch etwa 5000 Mark. Der deutsche Bauer erhält dagegen für sein abgeliefertes Getreide nur 1600 Mark die Tonne, womit er vielfach nicht mal die Produktionskosten decken kann. Er mußte also sein Getreide in den Schleichhandel schicken, statt es abzuliefern. Eine weitere Folge war, daß der Anbau von Getreide nachließ. Die Bauern erzeugten lieber andere Lebensmittel, an denen sie mehr verdienen konnten. Das führte wieder dazu, daß das Reich mehr Getreide zu hohen Preisen im Auslande aufkaufen, also Devisen beschaffen mußte. Das war aber nur eine Seite des Unsinnes. Die zweite sieht so aus: Der Preis des deutschen Brotes war berechnet nach dem deutschen Getreidepreis. Da aber mehr als die Hälfte des deutschen Brotes aus ausländischem Getreide hergestellt wurde, so mußte das Reich bei jedem Brot etwa 5 Mark aus der Reichskasse zulegen. Ein 4pfündiges Brot aus ausländischem Getreide müßte etwa 14 bis 15 Mark kosten; wenn es halb aus inländischem, halb aus ausländischem Getreide hergestellt wird, muß das Brot etwa 10 Mark kosten. In Wirklichkeit zahlten wir 5 Mark. Diese Verbilligung hat dem Reich über 10 Milliarden Mark aus Steuermitteln gekostet. Wäre das eine vorübergehende Notwendigkeit gewesen, so hätte man sich damit abgefunden. Da es aber ein Dauerzustand sein würde, muß man diese Verhältnisse ändern und zwar schnell ändern. Es ist im Grunde gleichgültig, ob ich für das Brot 10 Mark bezahle und dann entsprechend weniger an Steuern zu leisten habe, oder ob ich es für 5 Mark kaufe, dafür aber 300 Mark Steuern pro Kopf im Jahr mehr bezahlen soll. Für die Ausfuhr ist das aber nicht gleichgültig. Das auf Kosten der Steuerzahler billiger gelieferte Brot setzt den Fabrikanten und den Händler in Ausfuhrwaren in den Stand, deutsche Waren im Auslande weit unter Preis zu verkaufen und damit zur Verarmung Deutschlands beizutragen. Darüber wird in anderem Zusammenhang noch zu reden sein. Jedenfalls war es vom Tage der Annahme des Londoner Ultimatums ab unmöglich, daß das Reich weiter so hohe Milliardensummen als Zuschüsse ausgibt. Diese Erkenntnis hat sich allmählich durchgesetzt, und zwar ganz besonders auch in sozialdemokratischen Kreisen. Bereits am 10. Mai 1920 beschloß der Verbandstag nordwestdeutscher Konsumvereine folgendes: Eine Verbilligung der Waren wird heute durch die Zwangswirtschaft nicht mehr erreicht. Der ganze bürokratische Apparat belastet im Gegenteil die Waren mit ungeheuren Unkosten. Der Verbandstag fordert daher von der Regierung den sofortigen Abbau der zwangsläufigen Bewirtschaftung. — Man beachte, es waren Sozialisten und Unabhängige, die das schon vor 14 Monaten beschlossen! Und noch am 18. Juni d. J. sprach sich der Zentralverband der Konsumvereine für die Aufhebung des Restes der Zwangswirtschaft, d. h. der Zuckerbewirtschaftung aus. Schließlich und endlich die Gesetzesvorlage über die Aenderung der Getreidewirtschaft wurde auch von den mehrheitssozialistischen Ministern gedeckt und sie hatte im Reichswirtschaftsrat die Zustimmung aller Vertreter der freien Gewerkschaften gefunden. Und im Reichswirtschaftsrat haben noch Anfang Juli alle Vertreter der freien Gewerkschaften einmütig für die Aufhebung der Zuckerwirtschaft gestimmt.

Das wäre nun alles sehr schön gewesen, wenn die Herrschaften nur auch den Mut gefunden hätten, sich zu ihrer eigenen Ansicht auch öffentlich zu bekennen. Da aber die Unabhängigen die unvermeidliche Steigerung des Brotpreises zum Gegenstand einer großen Agitation machten, wagten die freien Gewerkschaften nicht, Farbe zu bekennen. Eine nicht sehr glückliche parlamentarische Taktik der anderen Parteien hat es ihnen ermöglicht, so zu tun, als hätten sie gegen die Brotverteuerung gestimmt. Auch im kommenden Jahr erhält der deutsche Bauer für sein Getreide nur 2100 Mark, während wir dem ausländischen Bauer 5000 Mark bezahlen. Nur für das freie Getreide wird er mehr erhalten. Auch in Zukunft muß das Reich 3½ bis 4 Milliarden zuschießen, damit der Brotpreis nicht über etwa 7 Mark steigt. Immer noch müssen wir pro Kopf annähernd 200 Mark mehr Steuern bezahlen, um die Brotzuschüsse wieder einzubringen. Immer noch machen wir es so möglich, daß deutsche Waren im Auslande verschleudert werden. Die Agitation gegen die angeblichen Brotverteurer ist also eine Unwahrheit. Wenn der Brotpreis steigt, dann muß man zweierlei verlangen: 1. Der Gehalts- und Lohnempfänger kann die Steigerung nicht aus seiner Tasche bezahlen; er wird einen Ausgleich durch Lohn- bzw. Gehaltserhöhung verlangen müssen, insoweit die Belastung der Wirtschaft nicht durch gesteigerte Produktivität der Arbeit wettgemacht wird. 2. Die durch die Preissteigerung entstehenden Papiergewinne müssen in irgendeiner Weise für die Reparationsverpflichtungen flüssig gemacht werden. Das erstere will der Antrag Erkelenz-Ziegler über Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten erreichen. Der zweite Punkt ist bei der Steuergesetzgebung zu beachten.

*

3 Millionen Pfd. Sterl. für Brotgetreideeinkäufe.

Es ist in den letzten Tagen zwischen der Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel mit Zustimmung des Reichsernährungsministeriums und des Reichsfinanzministeriums ein Abkommen mit einer größeren Gruppe englischer Großbanken, u. a. Baring, Kleinwort, Morgen, Rothschild, Schröder, getroffen worden, nach welchem der Einfuhrgesellschaft ein Kredit in Höhe von zunächst 3 Millionen Pfund Sterling in der Weise zur Verfügung gestellt wird, daß für die zu tätigenden Brotgetreideeinkäufe von Uebersee die Verschiffer auf die genannten Banken Wechsel mit viermonatiger Laufzeit ziehen. Auf diese Weise können die noch erforderlichen Mengen Brotgetreide im Ausland zu recht günstigen Bedingungen erworben werden.

Die Notlage der oberschlesischen Industrie.

Von einem hervorragenden industriellen Fachmann wird dem Auer Tageblatt geschrieben: Neben all dem Schrecklichen, was der dritte Polenaufstand in Oberschlesien mit sich brachte, hat er in erster Linie ein völliges Darniederliegen des gesamten Wirtschaftslebens in Oberschlesien zur Folge gehabt. Die Absperrung des Gebietes durch die Insurgenten brachte durch Unterbindung jeder Einfuhr aus dem natürlichen Hinterlande, aus Mittel- und Niederschlesien, sofort die schwersten Entbehrungen und die Gefahr der Hungersnot mit sich. Sie bewirkte außerdem ein derartiges Hochschnellen der Lebensmittelpreise, daß die arbeitende Bevölkerung in bittere Not geriet. Schon diese eine Erfahrungstatsache sollte genügen, jeden Gedanken einer Abschnürung des Zentralreviers von seinem natürlichen deutschen Versorgungsgebiet von der Hand zu weisen. In noch krasserer Form legt aber eine Betrachtung der Montanindustrie dar, wie sehr die oberschlesische Wirtschaft durch den Polenaufstand gelitten hat, und wie wenig es den Polen möglich war, nach Durchschneidung der wirtschaftlichen Fäden mit Deutschland, einen geordneten Betrieb aufrecht zu erhalten. Direkte Verluste entstanden den Werken durch zahlreiche Beraubungen und Diebstähle, sowie durch Beschlagnahmungen. Die indirekten Verluste sind aber noch größer, sie hätten die Werke in kurzer Zeit zu einer völligen Einstellung des Betriebes zwingen müssen. An einer sachgemäßen Führung der Unternehmungen fehlte es vollkommen, da die meisten Chefs der Verwaltungen, an Leib und Leben aufs schwerste bedroht, außerhalb des Industriegebiets weilen mußten. Neben dem in ihren wirtschaftlichen Forderungen zum Ausdruck gekommenen Bolschewismus zeigte sich der Chauvinismus der Polen gegen deutsche Betriebsleiter Angestellte und Arbeitsgenossen. Lediglich um polnische Anwärter unterzubringen, wurden den Werken die besten Arbeitskräfte entzogen, die Versumpfung und Verlotterung der Werke war die natürliche Folge dieses Vorganges. Die Wiederaufnahme der Arbeit auf den industriellen Werken konnte an der Ertötung der oberschlesischen Wirtschaft nichts ändern. Im Gegenteil, je mehr damals Oberschlesien produzierte und je größer infolgedessen der Verbrauch an den einzuführenden Rohstoffen und Materialien war, um so schneller und umfangreicher wurde die Einschränkung und Einstellung der Betriebe zur unabwendbaren Notwendigkeit. Das zeigte sich ja vor allem in der Eisenindustrie. Es fehlte weiterhin der Absatz, die Walzwerke hatten keine Aufträge und wurden aber durch die polnischen Arbeiter gezwungen, ohne Spezifikation in den Bestand zu walzen. Dazu kommt noch, daß durch den Aufstand die oberschlesische Industrie vor den finanziellen Zusammenbruch gestellt wurde. Im ganzen hat sich also gezeigt, daß eine Unterbrechung der Wechselbeziehungen zwischen der oberschlesischen Industrie und Deutschland eine Katastrophe der oberschlesischen Industrie bringen muß.

Ein polnisch-französischer Geheimvertrag.

Unglaubliche Zusicherungen an Polen.

Das deutsche Abendblatt meldet aus Beuthen: Am 27. Juni hat im Hauptquartier Korfantys in Schoppinitz eine streng vertrauliche Sitzung stattgefunden, an der folgende Persönlichkeiten teilnahmen: Korfanty, drei Mitglieder des polnischen A.-C.-K. und als Bevollmächtigte Leronds die französischen Offiziere Lecomte Denis und Montalegre, der inzwischen in Beuthen erschossen worden ist. Es wurde festgelegt:

1. Der Beschluß des Obersten Rates über das Geschick Oberschlesiens wird der Tatsache Rechnung tragen, daß durch die elementare Erhebung des polnischen Volkes, der kein ernsthafter Widerstand entgegengesetzt werden konnte, die Zugehörigkeit der nunmehr geräumten Gebiete zu Polen einwandfrei festgestellt ist.

2. Die freie Zurückziehung mit Waffen aus den bislang besetzt gehaltenen Gebieten Oberschlesiens wird der polnischen Armee (!) zugesichert. Die formell ja wohl nicht zu vermeidende Forderung Deutschlands, Polen möchte die Waffen abgeben, wird nicht vor dem 3. Juli erlassen.

3. Den Polen wird garantiert, daß die Zurückziehung des deutschen Selbstschutzes, seine Entwaffnung und restlose Auflösung erzwungen wird, sei es auch durch Verlängerung oder Verschärfung der Sanktionen.

4. Der durch den Aufstand errungene polnische Einfluß und die polnische Macht sollen ohne Schwächung erhalten bleiben. Als Mittel hierzu werden Ortswehren, Ortskommandos usw. unter polnischer Führung gebildet.

5. Um der polnischen Armee einen nochmaligen Kampf um die strittigen Gebiete zu ersparen, wird garantiert, daß die interalliierte Kommission nach Bekanntgabe der endgültigen Entscheidung über Oberschlesien den Zuzug von Deutschen zwecks Verstärkung der deutschen K. O. mit allen Mitteln, unter Umständen sogar durch Verhängung der Eisenbahnsperre, verhindert wird.

6. Um eine Festigung der Verhältnisse und eine Beruhigung der Deutschen eintreten zu lassen, wird zugesichert, daß die Entscheidung des Obersten Rates über Oberschlesien erst im letzten Drittel der durch den Versailler Vertrag festgelegten Frist stattfindet.

7. Polen wird das Recht zugesprochen, die ihm zufallenden Gebiete sofort nach erfolgter Entscheidung militärisch zu sichern und die hierzu notwendigen Vorbereitungen schon jetzt zu beginnen.

Das neue Parteiprogramm der Sozialdemokratie.

dk. Das Erfurter Parteiprogramm der Sozialdemokratie ist, wie auch von seinen Anhängern zugegeben wird, hauptsächlich durch die Folgewirkungen der Revolution, mehr als durch sein 30jähriges Alter überholt. Deshalb hatte der letzte sozialdemokratische Parteitag in Kassel seine Revision beschlossen und eine Programmkommission eingesetzt, der unter dem Vorsitz von Adolf Braun, Prof. Heinrich Cunow, Prof. Grotjahn, der frühere preußische Ministerpräsident Paul Hirsch, Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, sowie die Abgeordneten Hermann Müller-Berlin, Müller-Franken, Dr. Quarck, Keil, Marie Juchacz und Tony Pfülf angehörten. Der Vorwärts veröffentlicht nun den Entwurf des neuen Programms, der fast 1½ Seiten füllt und der dem Parteitag in Görlitz im September zur Beschlußfassung unterbreitet werden soll. Er kündigt gleichzeitig das Erscheinen eines Kommentars an, der von der gesamten Kommission hergestellt ist. An die Spitze des Programms ist eine grundsätzliche Stel-

lungnahme zur gegenwärtigen Lage gestellt, an die sich die programmatischen Forderungen in elf Teilen anschließen. In dieser Einleitung bezeichnet sich die SPD. als die Partei des arbeitenden Volkes, die die Ueberwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die allgemeine höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes erstrebt. Auch wird eine Revision des Gewaltfriedens von Versailles im Sinne wirtschaftlicher Erleichterung und nationaler Selbstbestimmung gefordert, und zu diesem Zweck die internationale Verbindung und internationale Aktion der werktätigen Bevölkerung aller Länder. Aus den wirtschaftspolitischen Forderungen seien genannt: Die sozialistische Gemeinwirtschaft erstrebt die Zusammenfassung der Betriebe und die Ausschaltung des kapitalistischen Privatbesitzes. Insbesondere sind die Bodenschätze und die Naturkräfte der privaten Ausbeutung zu entziehen, um sie der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Staatliche Kontrolle der kapitalistischen Interessengemeinschaften (Kartelle, Syndikate, Trusts), Förderung der Verbrauchergenossenschaften, die nicht die Erzielung von Profit, sondern die uneigennützige Wahrung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder zur Aufgabe haben. Bewegungsfreiheit für die geschäftliche Leitung der gemeinwirtschaftlichen Betriebe unter Fernhaltung demokratischer Erschwerung. Preisregelung unter Kontrolle des Staats bzw. anderer öffentlicher Körperschaften durch Vertretungen der Berufsmitglieder der weiterverarbeitenden Gewerbezweige und der Verbraucher. Entschädigung bei der Ueberführung des Privatbesitzes in Gemeineigentum an den bisherigen Besitzer im Umfange des tatsächlichen Aufwandes der geistigen und körperlichen Arbeit. Dann folgt das lange entbehrte Agrarprogramm, Forderungen im Finanzwesen, in Verfassung und Verwaltung (Einheitsstaat, Ablehnung jeder Diktatur einer Minderheit), Kommunalpolitik (jederzeitige Erneuerung der Wahl der Gemeindevertretung durch kommunale Initiative, Schaffung gesetzlicher Bestimmungen, die den Gemeinden in der Frage der Kommunalisierung freie Hand geben), Sozialpolitik, (Verschmelzung der Arbeiter- und Angestelltenversicherung), Gesundheitspflege (Uebernahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeinbetrieb), Wohnungswesen (Vergesellschaftung des Grund und Bodens und des Wohnungswesens). Rechtspflege (Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz), Kulturpolitik. Den Schluß bildet das Kapitel Völkerbeziehungen und Internationale.

Kleine politische Meldungen.

Frankreichs Spiel mit Oberschlesien. Der Londoner Korrespondent der Chicago Tribune, der über die starke Verstimmung berichtet, welche die französische Note im Foreign Office hervorgerufen hat, teilt u. a. mit, in amtlichen Kreisen spreche man offen die Vermutung aus, daß die Franzosen einen deutschen Aufstand in Oberschlesien zu provozieren suchten, um sich eine Rechtfertigung für die Besetzung des Ruhrgebietes und für einen stärkeren militärischen Druck auf Deutschland zu verschaffen. Eine namhafte Persönlichkeit der Regierung habe erklärt, England werde immer mehr zu der Schlußfolgerung gedrängt, daß es das Beste sei, das amerikanische Beispiel zu befolgen und sich von allen kontinentalen europäischen Angelegenheiten zurückzuziehen.

Kredite für Deutschland. Das B. T. meldet, daß sowohl ein englischer als auch ein amerikanischer Kredit für Deutschland in Aussicht ständen. Die Verhandlungen mit London hätten zu einem befriedigenden Ergebnis geführt und es sei zu erwarten, daß noch im Laufe des heutigen Tages nähere Mitteilungen über die Höhe des Kredits, die Verzinsung und sonstige Modalitäten bekannt würden. Im zweiten Falle handelt es sich um einen amerikanischen Baumwollkredit für Deutschland, dessen Umfang vorläufig ebenfalls noch nicht feststeht. Hier scheine es aber auch zu definitiven Abmachungen gekommen zu sein.

Der Oberste Rat friktionslos vertagt. Das Journal veröffentlicht eine Meldung der Radio-Agentur aus London, die besagt, daß der Zusammentritt des Obersten Rates friktionslos vertagt werde, weil Lloyd George den ganzen Monat August über in Urlaub gehe und Briand in der zweiten Hälfte des Monats Juli nicht abkömmlich sei.

Programmerweiterung für die Abrüstungskonferenz. Der Neuyorker Korrespondent der Westminster Gazette will von zuständiger Seite erfahren haben, Präsident Harding sei der Einbeziehung der Frage der Philippinen in die Besprechungen der Abrüstungskonferenz nicht abgeneigt. Tatsächlich sei die Unabhängigkeit der Philippinen davon abhängig, ob die Mächte sich bereit fänden, ihre territoriale Unverletzlichkeit zu gewährleisten.

Zu enge Schranken für die Einstellung des handwerklichen Nachwuchses in Sachsen.

Beratungen und Maßnahmen der sächsischen Gewerbekammern.

Die sächsischen Gewerbekammern beschäftigen sich unausgesetzt mit den einengenden Bestimmungen über die Einstellung des handwerklichen Nachwuchses. Im Fleischerhandwerk sollte bekanntlich nach einer Verordnung vom Vorjahre Ostern 1921 nur die Hälfte derjenigen Zahl von Lehrlingen eingestellt werden, die im Durchschnitt 1916 bis 1918 eingestellt worden sind. Die Durchführung der Vorschrift, die den sächsischen Gewerbekammern übertragen wurde, stieß erklärlicherweise auf Schwierigkeiten. Im April dieses Jahres hat nun das sächsische Ministerium, nachdem es Milderungsvorschläge der sächsischen Gewerbekammern vorher grundsätzlich abgelehnt hatte, die letzteren ermächtigt Ausnahmen zu bewilligen, wenn der Bezirksverein Sachsen im Deutschen Fleischerverband, der Zentralverband der Fleischer und der Deutsche Fleischergesellenbund dies gemeinsam beantragen. Veranlaßt durch einen Hinweis, daß die Landesregierung nach der Reichsgewerbordnung lediglich zum Erlaß von Vorschriften über die Höchstzahl der Lehrlinge, nicht aber zu einem gänzlichen Verbot der Lehrlingshaltung ermächtigt sei, und deswegen die Mindestzahl von einem Lehrling in jedem Betriebe zugelassen werden müsse, hat das sächsische Wirtschaftsministerium angeordnet daß diese Ausnahmebewilligung auf dem oben beschriebenen Weg über die Verbände, unter Umständen aber auch selbständig durch die Gewerbekammern, jedoch nur im Notfalle und auch dann nach vorherigem Gehör der Verbände den Kammern zugestanden werden kann.

Die Ausnahmebewilligungen, so dringend notwendig sie sind, erfordern also im Fleischer- wie im Bäckerhandwerk und in jedem Falle ein Aufgebot vieler Stellen und Personen und einen erheblichen Aufwand an Zeit und Kosten. Dabei wird sich kaum behaupten lassen, daß diese Maßnahmen für die Allgemeinheit nun durchaus förderlich sein werden. Gegenüber den verschiedentlich hervorgetretenen Bestrebungen nach Festsetzung von Lehrlingshöchstzahlen in den Gewerben läßt sich jedenfalls nicht nur vom Standpunkte des Handwerks aus sagen, daß zu enge Schranken für die Einstellung des handwerklichen Nachwuchses in mancher Hinsicht eine Gefahr für unsere Wirtschaft und für die Allgemeinheit bedeuten. Die genügende Zahl vielseitig und gut ausgebildeter Arbeitskräfte, wie sie aus der Handwerkslehre hervorgehen, ist namentlich für die Zeit der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung, die trotz allem kommen muß, ein wichtiger Faktor. Von diesem Standpunkt aus wird auch an eine Verordnung des sächsischen Wirtschaftsministeriums vom 2. März 1921 heranzutreten sein, in der allgemein die Frage der Festsetzung von Höchstzahlen der in den einzelnen Handwerksbetrieben zu haltenden Lehrlinge durch die Gewerbekammern nach dem Vorbild der Gewerbekammer Hamburg angeschnitten wird. Auf dem letzten sächsischen Gewerbekammertag, der sich hiermit zu befassen hatte, wurde namentlich ausgeführt, daß die Beschränkung der Ausbildung des Nachwuchses nicht einseitig das Handwerk treffen dürfen, sondern auch die Fabrikbetriebe mit umfassen müssen. Es wurde beschlossen, zunächst bei den Handelskammern anzufragen ob sie geneigt sind, für industrielle Betriebe einschränkende Vorschriften über die Einstellung von Lehrlingen zu erlassen. Die Angelegenheit soll dann von den sächsischen Gewerbekammern anderweit gemeinsam beraten werden.

Von Stadt und Land.

Aue, 20. Juli 1921.

Direkter Warenverkehr zwischen Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften. Auf Veranlassung des Wirtschaftsministers Fellisch fand kürzlich eine Besprechung im Wirtschaftsministerium statt, zu der Vertretungen der landwirtschaftlichen, gewerblichen und Verbrauchergenossenschaften, sowie auch Vertretungen des Handels, des Handwerks, der Industrie usw. geladen waren. Zweck der Besprechung war die Erörterung der Frage, wie man den direkten Warenverkehr zwischen Erzeuger und Verbraucher unter Ausschaltung des ungesunden Teiles des Handels am besten fördern könne. Wie die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei mitteilt, erkannten sämtliche Beteiligten die Nützlichkeit solcher Bestrebungen an, wenn auch die Meinungen über die Möglichkeit und das Tempo der Erreichung des Zieles auseinandergingen.

Die Auszeichnung der Auer Industrie in Annaberg auf der Gastwirtsausstellung bedarf insofern noch eines Nachtrages, als die Firma Chr. Becher, Stuhlfabrik, die goldene Verbands-Medaille des Sächs. Gastwirte-Verbandes nebst Diplom erhalten hat.

Auslieferung der Elbe-Schiffe. Die Verhandlungen zwischen den sächsischen und tschechoslowakischen Vertretern wegen der Uebergabe der Elbetonnage an die Tschecho-Slowakei haben zu einer Einigung geführt. Die Vereinigten Elbeschiffahrtsgesellschaften werden zunächst etwa ein Drittel ihres Schiffsraumes und die Hälfte ihrer Schleppkraft abliefern. Sie sollen dafür vom Deutschen Reich eine Entschädigung erhalten. (Ob diese Einigung Billigung der zuständigen Behörden findet, steht nicht fest. Die Redaktion.)

g. **Meisterprüfung.** Vor der zuständigen Meisterprüfungskommission hat sich letzthin der Korbmacher Otto Süß in Aue der Meisterprüfung unterzogen und sie bestanden.

Die neue Teuerung. Die Teuerung steigt jetzt wieder. Die Kosten der Lebenshaltung sind in den 47 Gemeinden des Reiches mit Eildienstmeldungen im Juni zum ersten Male wieder um 16 auf 896 Punkte gestiegen. Die Bewegung ist allerdings ungleich bei den einzelnen Bedürfnissen. Auch in den verschiedenen Städten ist die Aenderung sehr ungleich. Am meisten ist die Teuerung gestiegen, soweit Berichte vorliegen, in Göttingen um 90 Punkte, dann in Köln und Karlsruhe um 77, Erfurt 88, Augsburg 86, Eisenach 64, Breslau und Essen 63, Darmstadt 57, Oldenburg 55, Nürnberg 43, Hagen 41, Frankfurt a. O. 35, Gießen 30, Frankfurt a. M. 39, Schwerin 27, Braunschweig 24, Stuttgart 21, Halberstadt 19, Beuthen 16, Solingen 14, Dresden 9, Berlin 5, Chemnitz und Königsberg 3. Gleich blieben die Zahlen in Aachen. Die Teuerung fiel dagegen in Hamburg um 6 Punkte, in Magdeburg um 8, Dortmund 15, Essen 16, Lübeck 20, Heilbronn 41, in Herford sogar um 138.

Arbeitsjubiläen. Auf eine 25jährige ununterbrochene Tätigkeit bei der Firma Schorler & Steubler, Maschinenfabrik, kann heute der Eisendreher Hermann Emil Arnold, Mehnertstraße 20 b wohnhaft, zurückblicken. Von seinen Arbeitgebern wurden dem Jubilar unter beglückwünschenden Worten eine Anerkennungsurkunde unter Glas und Rahmen, sowie ein Sparkassenbuch mit entsprechender Einlage ausgehändigt. Die Beamten und Mitarbeiter der Firma erfreuten den Jubilar ebenfalls durch Ueberreichung sinnreicher Geschenke. — Drei Jubilare der Firma Carl Hoffmann, Maschinenfabrik, Aue, nämlich Monteur Ernst Salzer, wohnhaft Aue-Zelle, Vodelstraße 11, Eisenbohrer Emil Reich, wohnhaft Aue, Zeppelinstraße 12, und Modelltischler Paul Goldhahn, wohnhaft Aue, Friedrich August-Straße 14, feiern heute ebenfalls das Jubiläum einer 25jährigen Dienstleistung. Sie wurden an ihren sinnreich geschmückten Arbeitsplätzen durch die Firma sowie die Beamten- und Arbeiterschaft herzlich beglückwünscht und durch wertvolle Geschenke geehrt.

Erhöhung der Schöffen- und Geschworenen-Tagegelder. Die Tagegelder, die den Schöffen und Geschworenen seit dem Jahre 1913 gewährt werden, und die ursprünglich auf 5 Mark festgesetzt waren, sind im Jahre 1920 auf 20 Mark erhöht worden; zugleich wurde die Zulage für Nachtquartier von 3 Mark auf 12 Mark heraufgesetzt. Angesichts der herrschenden Teuerung reichen auch diese Sätze nicht mehr aus, so daß weiteren Teilen der Bevölkerung die

---

Die Intrigantin.

Originalroman von M. Herzberg.

(46. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

In diesem Augenblick erschien nach flüchtigem Klopfen Lina von neuem.

„Fräulein Heiter möchte doch kommen und sehen, ob die Taille der gnädigen Frau nun gut sitzt!"

„Sofort!" sagte Miriam aufstehend und nach leichter Verneigung vor Werkenthin mit dem Mädchen das Zimmer verlassend.

„Das tölpelhafte Frauenzimmer!" schalt er hinter der Lina her.

Aber sein Zorn schien nicht sehr arg zu sein. Es war doch, als sei eine milde Hand bereits glättend über seine Stirn gefahren und hätte die düsteren Wolken zerstreut.

Er zündete sich eine Zigarre an, lehnte sich in seinen Stuhl zurück und verfolgte sinnend die feinduftenden, aufsteigenden Ringel des Rauches. Und als sehe er in ihnen lockende Bilder:

„Du und ich haben noch nicht das letzte Wort gesprochen!" murmelte er mit trotzigem Lächeln.

16.

An dem übernächsten, klaren, aber schon kühlen Nachmittag saß Miriam, mit einer großen Wirtschaftsschürze angetan, im Vorraum des riesigen feuchtwarmen Gewächshauses und arbeite fleißig an einer Girlande von Buchsbaum und Astern, welch letztere ihr Edith zureichte. Der Pfarrer, der abends mit seiner jungen Gattin von der Hochzeitsreise zurückerwartet wurde, hatte sich zwar jede sonstige Empfangsfeierlichkeit verbeten, doch ohne ein blühendes Willkommen wollte man die lieben Freunde nicht in ihr Haus einziehen lassen und Miriam hatte darauf bestanden, dies eigenhändig anzufertigen.

Dörte und Mine, zwei von den Mägden, schleppten eben wieder eine Menge Buchsbaum herbei und warfen ihn neben Miriam auf die Steinfliesen nieder.

„Davon haben wir jetzt genug!" sagte diese. „Wo bleiben aber die Astern?"

„I, de Oberfartner will nich mehr herleben! Wir haben ihn all die Beeten jenug jeplündert, meent er!"

Miriam mußte lächeln. Der war mehr auf seines Herrn Vorteil bedacht als weiland Gruner, der rücksichtslos täglich ihretwegen die Rosenstöcke beraubt hatte.

„Lauf mal zu Papa, Edith, und frag ihn, ob er gestattet, daß der Obergärtner uns noch einige Astern liefert. Wir brauchen nur noch ungefähr ein Dutzend."

Der Rentmeister war gerade zur Abrechnung bei Werkenthin, als Edith hereingeschossen kam und ihre Bestellung etwas kraus vorbrachte.

„Er soll geben, so viel ihr haben wollt," war die lächelnde Antwort. Und als Edith bereits wieder in der Tür stand, rief er ihr nach:

„Wo seid ihr denn?"

„Im Treibhaus!" Und fort war sie.

Dahin kam er denn auch wie zufällig geschlendert, nachdem der Rentmeister entlassen war. Er hatte seit vorgestern nicht wieder Gelegenheit gehabt, das junge Mädchen unter vier Augen zu sprechen. Morgen würde sich ihm im Trubel des Festes noch weniger die Chance bieten und übermorgen war der Tag ihrer Abreise. Er hatte keine Zeit mehr zu verlieren, wenn er sie selbst nicht verlieren wollte.

Miriam befand sich allein mit Edith, da sie der Mägde vorläufig nicht mehr benötigte. Sie boten beide hier in dem grünen Kristallpalast, unter den südlichen, hochstämmigen Palmen und sonstigem ausländischen Blatt- und Blumenflor eine allerliebste, malerische Gruppe.

„Ich wollte mich erkundigen, ob Sie die gewünschten Astern erhalten haben?" fragte Werkenthin, sich nachlässig an ein Topfgestell lehnend und ihren flinken Händen zuschauend.

„Jawohl, Herr Werkenthin; vielen Dank!" entgegnete sie, mit dem Binden fortfahrend.

„Das wird ja eine Blumenkette!" bemerkte er, auf die in der Tat endlos scheinende Girlande deutend, die sich gleich einer bunten Schlange von Miriams Schoß aus am Boden hinringelte.

„Sie muß auch, oben über den Sims in gefälligen Bogen geschlungen, um die ganze Haustür reichen!" erwiderte sie ohne aufzuschauen.

„Sieh mal, Papa! Immer kommt ein bißchen Grünes, dann abwechselnd eine rote, eine blaue, eine weiße Aster!" erklärte Edith, ein Stück Girlande zur näheren Besichtigung ihres Vaters in die Höhe hebend. „Ist das nicht wunderschön?"

„Ja, es sieht prächtig aus!"

„Und wie gut es riecht," meinte die Kleine weiter, ihr Näschen hineinsteckend. „Ordentlich hochzeitlich, sagt Fräulein Heiter."

„So?" fragte er dieses nun lächelnd. „Finden Sie das?"

„Es ist doch auch eine Hochzeitsgirlande!" versetzte sie, obgleich innerlich befangen, möglichst harmlos.

Werkenthins Herz schlug. Es pochte ihm stürmisch zu, den Augenblick zu ergreifen. Kurz entschlossen schickte er Edith mit einem Auftrage, der sie, ohne auffällig zu sein, eine Weile fern halten mußte, zur Großmutter und sagte dann, sich zu dem jungen Mädchen herabneigend, mit verhaltener Erregung:

„Ich Tor hatte auch von einer Girlande geträumt, einer viel schöneren als dieser, wahrhaft bräutlich, aus Myrten und Rosen gewunden, unter der ich mit dem Weibe meiner Liebe dereinst einzuziehen gedachte. Aber dieser beseligende Traum ist grausam zerstört worden!"

Miriam schwieg mit tiefgesenkten Augen, aber er sah, daß die kleinen fleißigen Hände unsicher wurden.

„Sie scheiden gern von hier?" fragte er nach einer Pause.

„O nein!" sagte sie jetzt, vermeidend, ihn anzusehen „Die Trennung von Ihrer Frau Mutter und Edith wird mir schwer!"

„Ich Armer komme gar nicht in Betracht!"

„Doch!" antwortete sie leise. „Sie wollen es zwar nicht hören, Herr Werkenthin aber ich schulde Ihnen doch mein Leben —"

„Nein, davon will ich wirklich nichts hören!"

(Fortsetzung folgt.)

Teilnahme an der Rechtsprechung erschwert wird. Vom 1. August d. J. ab tritt daher nach einer soeben veröffentlichten Verordnung der Reichsregierung vom 12. Juli eine weitere Erhöhung ein; das Tagegeld wird künftig 80 Mark, die Uebernachtungszulage 20 Mark betragen.

Turnen, Sport und Spiel.

Ein Auer Turner als Sieger in Dresden. Erfreulicherweise ist vom Kreisturnfest in Dresden auch nach unserem Aue ein Siegespreis gefallen. Ihn errang Karl Heinrich Arnold (A. T. V.) im Zwölfkampf. — Ueber das Kreisturnfest sei im Anschluß an unsere bisherige Berichterstattung noch folgendes gesagt: Alle Zweige des Turnens wurden vorgeführt. In weiser Voraussicht haben unsere Turnvereine unter ihre Fahnen auch Anhänger des Schwimmens, des Fechtens, der volkstümlichen Spiele und anderer Leibesübungen geschart: Man gewann deshalb während der Festtage einen Ueberblick über alle Gattungen der Leibesübung. Neu auf sächsischen Turnfesten waren die Schwimmwettkämpfe, für welche die an dem Festplatz vorüberfließende Elbe ein idealer Schauplatz war. Sehr stark war die Beteiligung an den volkstümlichen (leichtathletischen) Uebungen. Einen großen Erfolg trug das Frauenturnen davon. Einzig schön waren die Massenübungen der Keulenschwingerinnen. Hier zeigte sich deutlich, welche durch ihre Ursprünglichkeit überraschenden Abwandlungen der Keulenübungen möglich sind. Am Wetturnen ist die Beteiligung der Turnerinnen sehr rege gewesen. Reine Kraftleistungen konnte man beim Steinstoß, beim Mallaufen und Stafettenlauf bewundern. Kraft und Anmut vereint zeigten sich bei den mannigfachen Geräteübungen. Der tiefe Eindruck, den die Massenfreiübungen hervorriefen, ist schon geschildert worden. In turnerischer Beziehung hat das Fest einen großen Erfolg gehabt. Es ist zu hoffen, daß es aufs neue für die Sache des Turnens geworben hat. Mit Freude sei es ausgesprochen, das 4. Sächsische Kreisturnfest hat in hohem Maße dazu beigetragen, daß des Turnvater Jahns Wort: Das Turnen, aus kleiner Quelle entsprungen, wallt jetzt als freudiger Strom durch Deutschlands Gauen. Es wird künftig eine verbindende See werden, ein gewaltiges Meer, das schirmend die heilige Grenzmark des Vaterlandes umwogt! zur Wirklichkeit wird.

* * *

Oelsnitz i. E., 19. Juli. Im Schacht verunglückt. In der Nacht zum Sonnabend verunglückte auf dem Deutschland-Schacht der 18jährige Fördermann Joseph Kochlöffel aus Neudörfel. Ihm ging ein abgehender Kohlenhunt über beide Beine, so daß sich der Unglückliche verblutete.

Chemnitz, 19. Juli. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß über die Blindenanstalt Chemnitz-Altendorf. Bekanntlich hatte die unabhängige Chemnitzer Volkszeitung einen Artikel über die angeblichen Zustände in der Landesanstalt zu Chemnitz verbreitet, nach dem sowohl Blinde wie Schwachsinnige brutal behandelt und schlecht beköstigt worden sein sollten. Der sächsische Landtag hatte wegen dieser Anklagen einen Untersuchungsausschuß eingesetzt, der nach eingehenden Untersuchungen zu dem Ergebnis gekommen ist, daß sich auch nicht der geringste Anhalt für die Berechtigung der erhobenen Anklagen ergeben hat. Der Ausschuß ist der Ueberzeugung, daß die unberechtigten Anklagen nur auf das Bemühen von kommunistischen Agitatoren, die die Anstaltsinsassen politisieren wollten, und auf den Racheakt eines entlassenen Beamten zurückzuführen waren.

Auerbach i. V., 19. Juli. Der Polizei gestellt. Der flüchtige Kassierer Alfred Leißner vom hiesigen Bezirksverein des Deutschen Bauarbeiterverbandes, dem Unterschlagungen in Höhe von etwa 16 000 Mark zur Last gelegt werden, hat sich der Polizei in Falkenstein gestellt und wurde dem dortigen Amtsgerichtsgefängnis zugeführt.

Plauen, 19. Juli. Die Notlage im sächsischen Vogtlande. Auf die Anfrage des demokratischen Abgeordn. Brodauf im Reichstage haben der Reichsarbeits- u. der Reichswirtschaftsminister eine umfangreiche gemeinsame Antwort erteilt, aus der wir das Folgende wiedergeben: Die Notlage im sächsischen Vogtlande sei Gegenstand besonderer Sorge der Reichsregierung. Ihre Behebung sei aber besonders schwer, weil die Lage des dortigen Arbeitsmarktes abhängig sei von der Krise der vogtländischen Spitzen- und Stickereiindustrie, die jedoch keine örtliche, sondern eine Weltkrise sei. Um sie zu mildern, sei eine weitgehende Erleichterung bei der Einfuhr von Grundstoffen zum Besticken und beim Bezug von Garnen zugestanden, ferner ein grundsätzliches Verbot der Einfuhr von Spitzen und Stickereien aus dem Auslande erlassen worden. Die Vergebung von Lieferungen und Notstandsaufträgen sei der Natur der Sache nach für das Reich unmöglich. Die Ueberführung der in diesem Industriezweig arbeitslos Gewordenen in andere Industrien sei besonders schwierig infolge der meist örtlich auseinanderliegenden kleinen Betriebsstätten der Spitzen- und Stickereiindustrie. Zurzeit werde die Frage geprüft, inwieweit es möglich sei, zur Erleichterung der Einführung neuer Industriezweige die Bestimmungen der produktiven Erwerbslosenfürsorge über die Förderung von Privatunternehmungen abzuändern. Eine erhöhte Belieferung mit Industriekohle sei zugestanden worden. Um weiterer Arbeitslosigkeit zu steuern, solle versucht werden, Notstandsarbeiten des Reiches (Eisenbahnbauten, Kabelverlegungen) durchzuführen. Ferner sollen, soweit Bedarf vorliege, Lieferungsanträge des Reiches auf Baumwollwaren und Maschinen erteilt werden.

Burkardtshain bei Wurzen, 19. Juli. Brandunglück. Hier brannte nachts der Sachsesche Gasthof nieder. Dabei wurde der beim Retten behilflich gewesene Gutsbesitzer Rühlemann durch eine herabfallende Wand erschlagen. Als Entstehungsursache des Brandes wird Kurzschluß angenommen.

Leipzig, 19. Juli. Disziplinarverfahren gegen den früheren Amtshauptmann von Leipzig. Gegen den ehemaligen Amtshauptmann Freiherrn v. Fink ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Die Anzeige, welche von einem Beamten der Leipziger Amtshauptmannschaft ausgehen soll, enthält u. a. die Behauptung, daß Freiherr v. Fink sich anderen Beamten gegenüber in abfälliger Weise über die Regierung ausgesprochen haben soll. Die Untersuchung, die bereits eingeleitet ist, führt der Dresdner Amtshauptmann Dr. Lemke.

Dresden, 19. Juli. Rosenthal und Böttcher aus der Haft entlassen. Wie die Sächsisch-Böhmische Korrespondenz von unterrichteter Seite erfährt, sind nach den Kaufleuten Saul und Fehler nun auch der Hauptinhaber der Waren-Einfuhrgesellschaft Böttcher & Co. in Dresden, Böttcher und Hofrat Fritz Rosenthal, auf Beschluß des Sächsischen Oberlandesgerichts aus der seit Monaten währenden Untersuchungshaft entlassen worden. Böttcher mußte 320 000 Mark Sicherheit hinterlegen, als Sicherheit für Rosenthal diente bekanntlich sein ganzes beschlagnahmtes Vermögen sowie weitere hinterlegte 500 000 Mark.

Handel und Verkehr.

Die Goßweilersche Fabrik als A.-G. Die Goßweilersche Preßspanfabrik wurde unter der Firma Schwarzenberger Preßspanfabrik, A.-G. in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das Grundkapital beträgt zwei Millionen Mark. Die Aktien wurden zum Parikurse ausgegeben. Vorstand ist der bisherige kaufmännische Leiter, Direktor Bernd in Schwarzenberg. Gründer sind Kommerzienrat K. Goßweiler in Schwarzenberg, Kommerzienrat C. Rathgeber in Markersdorf, Rechtsanwalt H. Freigang und Fabrikdirektor O. Reißig in Chemnitz, sowie Bankier W. Marx-Gnauck in Leipzig, die auch unter dem Vorsitz des Rechtsanwalts Freigang den Aufsichtsrat bilden. Der Geschäftsgang des Unternehmens, das bereits früher und im verflossenen Geschäftsjahr gut gearbeitet hat, ist sehr erfolgversprechend.

Vermischtes.

Hinrichtung eines schwarzen französischen Raubmörders. Gestern früh 5¾ Uhr wurde auf dem Großen Sand bei Gonzenheim der Raubmörder Mohamed ben Ahmed von der 1. Maschinengewehr-Kompanie des 63. marokkanischen Schützenregiments erschossen, der am 27. Mai vom Kriegsgericht beim Hauptquartier der Rheinarmee wegen Raubmordes an dem Kaufmann Burgmann in Höchst a. M. zum Tode verurteilt worden war.

Ernste Wirkung der Hitze. Die Frankf. Ztg. meldet aus Würzburg: Die große Hitze der letzten Wochen wird gefahrdrohend für die Stadt. Der Main zeigt einen Tiefstand, wie selbst 1898 nicht. Allenthalben tritt infolge der Dürre Futternot ein, so daß die Bauern ihr Vieh verkaufen müssen. Alle Wasserquellen gehen zurück. Hier mußte der Milchbezug bereits um 28 Proz. eingeschränkt werden, weil die Bauern wegen Futtermangels weniger abliefern.

Zugunglück. In Taubenheim an der Spree entgleisten, einer Meldung aus Görlitz zufolge, am Sonntag 8 Uhr früh bei der Einfahrt des Zuges 824 drei Wagen 4. Klasse infolge falscher Weichenstellung. Ein Wagen stürzte um und sperrte die beiden Hauptgleise. Etwa 20 Personen wurden verletzt, davon zwei erheblich. Die meisten reisten nach Anlegung von Notverbänden weiter. Ein Wagen wurde zertrümmert. Der Verkehr wurde auf dem Nebengleis aufrechterhalten.

Vom Werte der Polenmark. Die gesamten Postgebühren in Polen sind außerordentlich erhöht worden. Nach den neuen Vorschriften kostet ein gewöhnlicher Brief nach Deutschland 20 M; für jede 20 Gramm, die das Normalgewicht überschreiten, werden 10 Mark erhoben. Eine Postkarte nach Deutschland kostet 12 Mark. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Wert der polnischen Mark augenblicklich etwas mehr als vier deutsche Reichspfennige beträgt.

Explosion. Gestern Dienstag vormittag ereignete sich auf dem Schießplatz Wildau bei Königswusterhausen eine Pulverexplosion, bei der vier Arbeiter schwere Kopfverletzungen erlitten. Die Explosion geschah bei dem Auflesen von Handgranaten und Geschoßhülsen auf dem von der Firma Rudolf Schmidt von der deutschen Waffen- und Munitionsfabrik gemieteten Schießplatz.

Ein rumänischer Antrag auf Doppelehe. Der rumänischen Kammer nahestehende Kreise berichten, daß in der nächsten Kammersitzung mehrere Abgeordnete einen Gesetzentwurf einreichen werden, wonach es gestattet werden soll, zwei gesetzliche Frauen zu halten. Der Ausgangspunkt der Bewegung zur Einführung der Doppelehe seien die Ehe des rumänischen Kronprinzen, der während des Krieges die Hofdame der Königin geheiratet hat und später zum zweiten Male die griechische Prinzessin Helena heiratete. Diese zweite Ehe habe man durch ein Gesetz sanktioniert.

Sträfliches Spiel mit Hypnose. In einem Kaffeehaus in Dortmund setzte sich ein junger Mann zu einer größeren Gesellschaft an den Tisch. Es war, wie sich später herausstellte, ein 24jähriger Zahntechniker. Der Ankömmling sprach viel vom Hypnotisieren und begann auch ein junges Mädchen am Tisch starr anzusehen. Da man sich durch den vorwitzigen Gast belästigt fühlte, wurde er aufgefordert, sich an einen anderen Tisch zu setzen. Er tat es, fuhr aber fort, das junge Mädchen zu fixieren. Das Mädchen geriet denn auch alsbald in einen hypnotischen Zustand. Es lief ohne Hut und Mantel auf die Straße, hörte auf kein Zusprechen, wollte die eigenen Bekannten nicht mehr kennen und verfiel schließlich in einen Weinkrampf. Der Hypnotiseur weigerte sich trotz dringlicher Aufforderung, das Mädchen in den Wachzustand zurückzurufen. Erst als er von einem der zur Tischrunde gehörigen Herren ein paar kräftige Ohrfeigen erhielt, redete er auf das Mädchen ein, das aber erneut weglief und schließlich mit Gewalt in die elterliche Wohnung gebracht werden mußte. Die Vorgänge auf der Straße hatten einen riesigen Menschenauflauf verursacht. Die herbeigeeilte Sicherheitspolizei nahm schließlich den Hypnotiseur zur Wache mit, wo seine Personalien festgestellt wurden. — Es handelt sich hier nicht nur um den einmaligen aufdringlichen Vorwitz eines jungen Menschen, sondern darum, daß das sträfliche Spiel, das nichtärztliche Hypnotiseure vielfach mit zum Schaden der Gesundheit ihrer Nebenmenschen treiben, seine Ahndung und Verwarnung findet.

Der Speisezettel eines Marokkaners im Rheinland. Daß die französischen Truppen im besetzten deutschen Gebiete auf Kosten des ausgesogenen deutschen Volkes leben wie die Maden im Speck, das ist hinreichend bekannt, und es ist äußerst interessant, einmal im einzelnen zu sehen, was so einem französischen Poilu oder so einem schwarzen Kulturträger an Verpflegung vorgesetzt wird. Nachstehend der Speisezettel eines französischen Truppenteils vom 29. Mai:

Mittag:
Hors d'oeuvres,
Sardinen, Würstchen, Butter,
Rückenstück mit Kopfsalat,
Neue Kartoffeln gebraten, Spargel mit Rahmsauce,
Apfelsinen, Crème de Bruyère,
Getränke: ¼ Liter Rotwein, 1 Flasche Weißwein für vier.
Abend:
Nudelsuppe,
Ochsenfleisch mit Tomatensauce,
Bohnensalat,
Confiture,
¼ Liter Rotwein,
Tee.

Neun Zehntel des deutschen Volkes wäre froh, derartige Mahlzeiten nur einmal an Sonntagen bekommen. Der bunte und weiße Franzmann bekommt sie alle Tage. Der Boche zahlt's ja!

Die Cholera in Rußland. Das russische Gesundheitskommissariat meldet, daß bisher 60000 Fälle von Cholera in Rußland bekannt seien. In Wirklichkeit wird wohl diese Zahl erheblich höher sein, da die offiziellen Berichte unzuverlässig sind. Die Epidemie wütet am schlimmsten in Astrachan, Rostow, Woronesh und Saratow. In Rostow zählt man täglich mehrere hundert Todesfälle. Die Sowjetpresse berichtet, daß die furchtbare Epidemie ihren Grund in den herrschenden unhygienischen Zuständen habe und daß ihre Bekämpfung aus Mangel an Medikamenten bedeutend erschwert werde. Viele Gesundheitskommissare seien der Seuche bereits erlegen. In den Fischereien von Astrachan streiken die Fischer aus Angst vor der Seuche, wodurch die herrschende Hungersnot noch stark verschlimmert wird.

Der Arzt mit den 10 000 Whiskyrezepten. Seit dem Bestehen des Alkoholverbotes in den Vereinigten Staaten bekommt man auch im Staate Manitoba, in Kanada den vielbegehrten Whisky nur auf ärztliche Anordnung. Eine Untersuchung hat nun ergeben, daß die Aerzte dort sogenannte Whiskyrezepte in weit größerer Zahl ausfertigten, als die Behörden für zulässig erachteten. Nun ließ der ärztliche Ueberwachungsausschuß ganz einfach untersuchen, wie es sich in Wirklichkeit mit den vielen Alkoholrezepten verhalte, und da stellte es sich schmerzlicherweise heraus, daß ein besonders gefälliger Arzt in der kurzen Zeit von einem Monat nicht weniger als — 10000 Whiskyrezepte ausgeschrieben hatte, eine Gefälligkeit, die dem wackeren Manne übrigens nebenbei die Kleinigkeit von je zwei Dollars, zusammen also 20 000 Dollars, einbrachte. Diese Entdeckung hatte freilich zur Folge, daß dem Biedermanne die weitere Ausübung der Praxis untersagt wurde; für kürzere Zeit dürfen 15 andere Aerzte der Stadt Bonifaz aus dem gleichen Grunde ihrem Beruf nicht nachgehen. Die Folge war, daß sich jetzt in der ganzen Stadt nur ein einziger Arzt findet, der sich der Pflege seiner kranken Mitmenschen widmen kann. — Man sieht wohin man mit solchen Uebertreibungen, wie es die vollständige Trockenlegung Amerikas darstellt, kommt.

Letzte Drahtnachrichten.

Amtswechsel.

Berlin, 20. Juli. Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung hört, hat der Ministerialdirektor Dr. Wiedenfeld gestern die Leitung der Abteilung Außenhandel im Auswärtigen Amt niedergelegt, um die Vertretung der deutschen Handelsinteressen in Moskau zu übernehmen. Dr. Wiedenfeld gedenkt Mitte August dorthin abzureisen.

Folgen der Brotpreiserhöhung.

Berlin, 20. Juli. Der Vorwärts deutet auf eine entsprechende Lohnbewegung im Zusammenhang mit der Brotpreiserhöhung hin. Nach Mitteilung einer Lokalkorrespondenz werden zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden in den nächsten Tagen in der Zentralarbeitsgemeinschaft Verhandlungen aufgenommen werden, um einen Ausgleich für die bevorstehende Verteuerung des Brotes zu schaffen.

Oberschlesien.

Breslau, 20. Juli. In einzelnen Gegenden des Kreises Gleiwitz ist es in den letzten Tagen wieder zu Schießereien der Insurgenten gekommen. In Peiskretscham richtete eine polnische Bande mit Handgranaten größeren Schaden an Gebäuden an.

Paris, 20. Juli. Der diplomatische Mitarbeiter der Chicago Tribune glaubt zu wissen, über die Entsendung einer französischen Infanteriedivision zur Vermehrung des französischen Kontingentes in Oberschlesien werde in einer Kabinettssitzung entschieden werden. Man erwarte indessen, daß Frankreich auf alle Fälle seine Truppen in Oberschlesien verstärken wird, ganz gleich, ob die englischen oder italienischen Truppen vermehrt werden oder nicht.

Paris, 20. Juli. Intransigeant meldet, Korfanty sei seit gestern vormittag leidend. Es sei wahrscheinlich, daß ihn seine Krankheit hindern werde, sich so aktiv, wie er es gewünscht habe, um die Interessen zu kümmern, zu deren Vertretung er nach Paris gekommen sei.

Ein Hilferuf an die Reichsregierung.

Ludwigshafen, 20. Juli. Der Stadtrat hat in seiner gestrigen Sitzung einstimmig einen von sämtlichen Parteien eingebrachten Antrag angenommen, in welchem es u. a. heißt: Der Stadtrat der Arbeiterstadt Ludwigshafen erkennt an, daß die Reichsregierung durch pünktliche Erfüllung der uns im Londoner Ultimatum auferlegten Verpflichtungen alles getan hat, um die Aufhebung der Sanktionen zu beschleunigen. Mit umso größerer Enttäuschung stellt er aber auch fest, daß alle Beweise dieses Willens bis zur Stunde ohne Erfolg geblieben sind. Die wirtschaftliche Not steigt aus höchste. Der Zusammenbruch ist kaum mehr aufzuhalten. Die Industrie bleibt ohne Aufträge. Betriebsstillegungen mußten bereits erfolgen, neue stehen bevor. Dazu wird die ohnedies schon unerträgliche Wohnungsnot in Ludwigshafen durch die Notwendigkeit der Unterbringung der mit dem Vollzug der Sanktionen beauftragten Organe aufs äußerste gesteigert. Durch das neu aufgerissene Loch im Westen strömen dauernd unnütze Waren herein, welche die Kaufkraft unseres Geldes vermindern und wichtige Zweige unseres Wirtschaftslebens gefährden. Zum Schluß bittet der Stadtrat die Reichsregierung dringend, auch weiterhin unermüdlich mit allen Mitteln die Aufhebung der Sanktionen betreiben zu wollen.

Repressalien der französischen Besatzung.

Braubach, 20. Juli. Wie rücksichtslos die französische Besatzung der deutschen Einwohnerschaft gegenüber vorgeht, beweist die Tatsache, daß ein hoher Staatsbeamter in Braubach gelegentlich der Verlegung der französischen Besatzung von Niederlahnstein nach Braubach den Befehl erhielt, binnen acht Tagen seine Wohnung zu räumen, um dem Kommandanten Platz zu machen.

Wieder die schwarze Schmach.

Koblenz, 20. Juli. In der Nähe von Siegburg wurde, wie jetzt bestätigt wird, ein 19jähriges Mädchen auf dem Nachhauseweg von Marokkanern überfallen und von zwei derselben vergewaltigt. Das Mädchen befand sich in Begleitung eines jüngeren Arbeiters, der von den marokkanischen Soldaten zu Boden geschlagen wurde und dann fliehen mußte. Die Ermittelungen nach den Tätern blieben erfolglos.

Rücksichtslosigkeit gegen Deutsche durch französische Beamten.

Frankfurt a. M., 20. Juli. Wie den Frankfurter Nachrichten aus Wiesbaden geschrieben wird, mehren sich die Beschwerden der fast durchweg aus Erholungsbedürftigen bestehenden Gäste des Wiesbadener Hotels über das Auftreten der französischen Kriminalbeamten. Kurz nach 6 Uhr früh werden die Gäste auf unzarteste Weise bei der Paßrevision herausgetrommelt. In dem betreffenden Hause, aus welchem neuerdings eine derartige Beschwerde kommt, geschah dies sogar Kranken gegenüber, die an Stöcken gehen, und auf die sogar die Franzosen, sollte man wenigstens meinen, etwas Rücksicht nehmen müßten.

Ich bin befreit v. allen Hautunreinigkeiten u. Hautausschlägen, wie Blütchen, Mitesser, Finnen, Pickel usw. d. tägl. Gebrauch der echten Steckenpferd-Teerschwefel-Seife v. Bergmann & Co., Radebeul.

Für die uns zu unserer
Vermählung
dargebrachten Glückwünsche u. Geschenke danken wir zugleich im Namen unserer Eltern herzlichst

Ewald Rühle und Frau
geb. Hirsch.

Aue, im Juli 1921.

Meine Verlobung mit
Fräulein Margarethe Oehme
erkläre ich hiermit
für aufgehoben.

Max Bretschneider.

Todes-Anzeige.

Allen die traurige Nachricht, daß Montag früh unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

Oswald Enghardt

in seinem 46. Lebensjahre sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Aue, am 20. Juli 1921.

Der Trauerzug bewegt sich Donnerstag 1 Uhr von Mittelstraße 19 aus.

Dank.

Für die liebevollen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer unvergeßlichen, teuren Entschlafenen, der

Frau Marie Zilla Oppe
geb. Schettler

ist es uns ein Herzensbedürfnis, allen denen, die uns in unserem Schmerz trösteten und die Verstorbene durch Blumenspenden und Geschenke ehrten, unseren herzlichsten Dank auszusprechen.

Familie Otto Oppe.

Aue, den 20. Juli 1921.

Bei mäßigen Preisen und schonendster Behandlung wird
Herrenwäsche
zum **Waschen** und **Plätten** angenommen.
Härtel, Ernst-Papststraße 33.
Auch werden Kragen enger u. tiefer gemacht.

Mehrere tüchtige
Metalldrücker
auf Aluminium
für sofort gesucht.

Aluminiumwerk Gössnitz
F. W. Müller & Co.

Einige
Metalldrücker
die möglichst schon auf Aluminium gearbeitet haben,
werden sofort eingestellt.

Schlettauer Metallwarenfabrik,
Max Uhlmann, Schlettau i. Erzgeb.

Badekassiererin gesucht.
Gesuche mit Lohnansprüchen sofort erbeten an den
Rat der Stadt Aue.

Tüchtiges Mädchen
wird für mittleren Haushalt gesucht.
Schneeberger Straße 72, I.

Ein saub. ehrlich. Mädchen,
16—18 Jahre alt, als Aufwartung für mittleren Haushalt für den ganzen Tag gesucht.
Zu erfragen im Auer Tageblatt.

Rat und Beistand
in allen **Einkommen-, Körperschafts-, Kapitalertrags-, Notopfer-, Vermögens-Zuwachs-, Erbschafts- u. Gewerbesteuer-**Angelegenheiten; maßgebende Buchführ.-Anlagen, als leicht handl., aber sichersten Schutz gegen
jede Uebersteuerung
empfehlen bei **prompter** Bedienung, mäß. **Honorar** und strengst. Diskretion
Erste Erzgebirg. Bücherrevisions- und Treuhandgesellschaft Steuer-Fachbüro,
Aue, Schneeb. Str. 23, II, Telef. 725.

Mitteldeutsch. Sport-Konzern
Dresden, Blum & Co., G.m.b.H.
Bankkonto: Dresdner-Bank Dresden Hauptst., Altmarkt. Postscheckkonto: Leipzig 113953.
zahlt für jede Einlage von 300 Mark aufwärts nach
Ablauf von zwei Monaten
100 % Gewinn
neben den eingezahlten Betrag prompt aus.
Kriegsanleihe zum Nennwert in 3 Monaten.
Einzahlung täglich. Prospekte gratis
Hauptvertreter: **Walter Baumann.**
Nähere Auskunft bei: **Otto Nagel, Aue.** Mozartstr. 5.

Buttermilch-Quark	Pfund	3.75
Schmier-Käse	1/4-Pfund	2.00
Neue Senfgurken	. . . .	.
Matjes-Heringe	Stück	1.50
Weiße Eier-Nudeln	Pfund	7.00

empfiehlt
Fritz Drechsler, Wettinerstr. 36.

Morgen Donnerstag vormittag:
Blutfrischen Schellfisch, Kabeljau, Goldbarsch, Rotzunge, Eiskarpfen, Eisschleien billigst bei **Paul Matthes,** Fischhdlg.

Empfehle billigst:
Holsteinische Tafelbutter,
1/2-Pfund-Stück 12.50, 1/4-Pfund-Stück 6.25,
ferner **Kartoffeln, Birnen, Stachelbeeren,**
Quark Pfund 3.70, **Rindertalg** Pfund 8.00 Mk.
Wilhelm Gärtner, Albertstraße 10.

Erste Auer Dampfwäscherei und Neuplätterei
für **Kragen, Manschetten, Oberhemden, Hauswäsche.**
Anerkannt beste Ausführung.
Die Verwendung von Chlor oder sonstigen Bleichmitteln ist **unter Garantie** in meinem Betriebe ausgeschlossen.
Ca. 20 Annahmestellen in der Umgebung.
Aelteste und leistungsfähigste Plätterei des Erzgebirges.
J. Paul Breischneider, Aue :: Fernruf 381.

Kosmetisches Laboratorium u. Parfümerie
sucht für den dortig. Platz u. Umgebung bei der Kundschaft bestens eingeführten
Herrn als Vertreter
Angebote unter A. T. 4755 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Für eine mittlere Herrenwäschefabrik wird ein
Geschäftsführer
für den gesamten Betrieb, eventl. mit Kapitalbeteiligung, gesucht.
Es kommen nur Herren mit tadellosem Charakter, ausreichenden Fachkenntnissen und Organisationstalent in Frage. — Anerbieten mit Angabe von Referenzen u. Gehaltsansprüchen unt. A. T. 4806 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Uhren
aller Art werd. sorgfältig unter Garantie repariert. Empfehle gleichzeitig neue Wecker-Rnduhren, beste Messingwerke, sow. neue u. getragene Taschenuhren.
Georg Zengler, Uhrmach., Aue, Schneebg. Str. 66. Kein Laden.

Haarschmuck
repariert
Walter Wappler, Damen- und Herren-Fris.-Salon, Aue, Ernst-Papst-Str. 2, gegenüber Kaufhaus Schocken. Fernruf 620.

Billig verkaufe
2 guterh. Bettst. m. Matratz., Patent-Matratze mit Auflage, fast neuen Kleiderschrank, fast neues Vertiko, rotes Plüschsofa, wenig gebr. Chaiselongue, Flurgarderobe (Eiche).
Möbel-Schmidt
Albertstraße 6
Kein Laden Teleph. 567.

Zöpfe
färbt u. repariert billigst in kürzester Zeit
Stern & Gauger
Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue
Wettinerstr. 48, am Wettinplatz

Rohhäute u. Felle
kauft zu den höchsten Tagespreisen **Kurt Junghans,** Lederhandlung, **Aue,** Ernst-Papst-Str. 19. Fernruf 589.

Pfeilerspiegel,
Leuchterlampe
(Petroleumglühlicht),
einfache Hängelampe,
Arbeitsstiefeletten (43/44)
Schaftstiefel für 14j.-Bursch.,
Damenschnürschuhe (37)
billig zu verkaufen.
Friedr.-Aug.-Str. 15, 2 links.

Kleiderschrank
gut erhalten,
zu kaufen gesucht.
J. Neukirchner, Aue.

Ein gut erhaltenes
eis. Kinderbett
zu kaufen gesucht.
Angeb. m. Preis unt. A. T. 4803 an das Auer Tageblatt.

Feilen
in allen gangbaren Sorten, prima Ausführung, liefere preiswert und prompt. Alte Feilen werden in Zahlung genommen.
E. F. Bürklen
Feilengroßhandlung
Chemnitz, Schließf. 398.

Möbl. Zimmer
für jung. solides Fräulein
per sofort gesucht.
Angebote unter A. T. 4813 an das Auer Tageblatt.

Möbl. Zimmer
für 1. August gesucht.
Angebote unter A. T. 4812 an das Auer Tageblatt.

Von Kräze
Hautausschlag, Flechten, Hautjucken usw. wurden Tausende durch den Gebrauch der
Krätzeseife „Herbolum"
befreit.
1 Dose für Kinder M. 5.—
für Erwachsene M. 8.—
für alte Fälle M. 10.—
f. ganz alte Fälle M. 12.—
1 Paket Tee zur Blutreinigungskur M. 2.50
Zu haben in Aue bei
Herm. Heimer, Wettindrogerie

Nebenerwerbssuchende
erhalten gegen Rückporto Auskunft und Prospekte!
Richard Weber,
Chemnitz, Mühlen-Straße 102.

Saubere ehrliche
Aufwartung
für sofort gesucht.
Zu erfr. im Auer Tageblatt.

Carola Theater
Lichtspiele
Wettinerstr. 15 **Aue** i. Erzgeb. Wettinerstr. 15

Donnerstag bis Sonntag
Das prächtigste Monumentalfilmwerk der Jetztzeit:
„Das Fest der schwarzen Tulpe".
Historisches Filmschauspiel in 7 Riesen-Akten.
In den Hauptrollen:
Helga Hall, Carl de Vogt, Meinhart Maur, Wilhelm Diegelmann, Theodor Becker, Otto Sommersdorff, Gustav Kirchberg und zahlreiche weitere erstklassige Filmdarsteller. — Künstlerische Leitung:
Marie, Louise Droop.
Motto: „Volk ist eine Gemeinschaft von Menschen, die sich achten, weil sie sich achten können. Alles übrige ist Pöbel!"

Außerdem: Der urkomische Lustspielschlager
Lachen. **Boxerhanne.** Lachen.

Wochentags täglich 2 Vorführungen:
Beginn 6 und 1/2 9 Uhr. — Kassenöffnung 1/2 6 Uhr.
Sonntag ab 1/2 2 Uhr **Jugend- und Familienvorstellungen.** Ab 5 Uhr Einlaß nur f. Erwachsene.

Heraus zur Abwehr!
Gegen Brotwucher, Steuerbelastung, Lohnabbau, Verelendung des Proletariats!
Freitag, d. 22. Juli, abd. 1/2 8 Uhr im Bürgergartensaale
Oeffentliche Volks-Versammlung.
Redner: Landtagsabgeord. Genosse Franz-Limbach.
Arbeiter, Beamte, Angestellte! Die rapid steigenden Lebensmittel- und Bedarfsartikelpreise zwingen zur einheitlichen, geschlossenen und entschlossenen Abwehr. Mache es sich jeder zu seiner Pflicht, in der Versammlung zu erscheinen.
Vereinigte Kom. Partei (Ortsgruppe Aue).

Musik!
Den geehrten Vereinen zur Kenntnisnahme, daß alle Aufträge in Musikangelegenheiten durch die **Musiker-Dilettanten-Vereinigung** zur besten Zufriedenheit u. prompt ausgeführt werden.
Alle Aufträge nimmt höflichst entgegen
Geschäftsführer **Karl Künzl,** Albertstraße 2.

Für ausgekämmtes Frauenhaar
(Wirrhaar)
zahlen per Kilo **60** Mk.
Stern & Gauger, Perückenfabrik und Haar-Großhandlung, **Aue,** Wettinerstr. 48.

---

200 Mark Belohnung
zahle ich demjenigen, der mir den bez. diejenigen Leute nachweist, die mir die Firmentafeln zerkratzt haben.
J. A. Flechtner, a. Markt.